



NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau

in der Pfalz

am Dienstag, 02.12.2014,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:15



Anwesenheitsliste

CDU

Joachim Arbogast	Ortsvorsteher Mörlheim
Susanne Burgdörfer	Vertreterin f. Dr. Bals
Rudi Eichhorn	
Peter Lerch	
Rolf Morio	
Dorothea Müller	Vertreterin f. H. Becker, Ortsvorsteher Mörzheim
Michael Schreiner	Ortsvorsteher Godramstein

SPD

Hermann Demmerle	
Dr. Maximilian Ingenthron	
Rolf Kost	Ortsvorsteher Wollmesheim
Günter Scharhag	Vertreter f. Dr. Kopf
Hans Peter Thiel	
Monika Vogler	

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow	Anwesend bis 17:55 Uhr / Top 5 nö.S.
Lukas Hartmann	
Christian Kolain	Vertreter f. Frau Maroc anwesend ab 17:55 Uhr

FWG

Wolfgang Freiermuth	
Michael Richter	Vertreter f. H. Kissel, Ortsvorsteher Arzheim
Egon Wambsgaß	Vertretung f. H. Maier, Ortsvorsteher Dammheim

UBFL



Dr. Gertraud Migl

AfD

Gerhard Mosebach

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

anwesend ab 17:17 Uhr / Top 4 ö.S.

FDP

Jochen Silbernagel

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Vorsitz bis 17:17 Uhr / Top 3 ö.S.

Beigeordneter

Rudi Klemm

Schriftführerin

Stefanie Schuster

Berichterstatter

Ralph Bauerschmidt

Christine Baumstark

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Sabine Klein

Hans-Joachim Malo

Martin Messemer

Hans Schlösser

Thomas Scholly



Carina Treitz

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals

Vertretung durch Fr. Burgdörfer

SPD

Dr. Hannes Kopf

Vertreter H. Scharhag

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

Vertreter H. Kolain



Bürgermeister Hirsch übernahm die Sitzungsleitung, da der Vorsitzende aus terminlichen Gründen sich etwas verspätet.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Im nichtöffentlichen Teil soll die Tagesordnung um die Informationsvorlage „Umsetzung Masterplan Haardtstraße/Grundstücksveräußerung des ehemaligen Industriegleises: Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise“ erweitert werden. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Schwimmbadabdeckung;
Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 16. September 2014
Vorlage: 101/240/2014
3. Stadtwald; Zweckvereinbarung "Hochstraße"
Vorlage: 230/244/2014
4. Neugestaltung Spielplatz Deutsches Tor
Vorlage: 350/050/2014
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt war nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Schwimmbadabdeckung;

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 16. September 2014

Bürgermeister Hirsch wies auf den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Schwimmbadabdeckung“ hin. Dieser wurde im Stadtrat andiskutiert. Dort wurde vereinbart, dass über die Frage einer möglichen Schwimmbadabdeckung im Freibad eine Beratung im Fachgremium Aufsichtsrat der Stadtholding stattfinden soll. Das Ergebnis sollte in der heutigen Sitzung in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werden.

Im Aufsichtsrat habe man sich zweimal mit diesem Thema unter Hinzuziehung von Experten befasst. Die Varianten wurden in einer Tischvorlage vorgestellt. Davon war lediglich eine prüfungswert. Bei dieser Variante, die eine mobile Positionierung solcher Abdeckungen vorsehen würde, wäre sowohl aus wirtschaftlicher, hygienetechnischer und organisatorischer Sicht deutlich Vorsicht geboten. Aus diesem Grund habe sich der Aufsichtsrat einvernehmlich dafür ausgesprochen, in keine weitere Prüfung mehr einzusteigen.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begrüßt, dass die Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung behandelt wird. Ausgangspunkt ihres Antrages waren verlässliche Öffnungszeiten über die Sommermonate, insbesondere für die Sommerferien. Hier handelt es sich um ein traditionelles Familienbad, welches erhaltenswert sei. Deshalb sollte die Attraktivität nicht durch unkalkulierbare kurzfristige Schließungen gemindert werden. Eine Möglichkeit wäre eine Abdeckung mit Folie, um den nächtlichen Wärmeverlust zu reduzieren. Nach ihren Recherchen führe diese Strategie in anderen Gemeinden zu deutlichen Einsparungen der Energiekosten. Dort rechnete sich diese Investition schon nach wenigen Jahren. Auch das Einsparen von Energieerzeugung und Wasser erschien ihnen als ökologisch sinnvolle Maßnahme, die in diesem Zusammenhang auch zu erreichen wäre. Nun wurden sie in dieser Form darüber informiert, dass dies in Landau nicht der Fall sein werde. Bei dieser besonderen Art der Kombination von verschiedenen Heizquellen sprechen wohl wirtschaftliche Gründe gegen eine weitere Energieoptimierung. Dies bedeute für die nächste Zukunft, dass in Landau, um die Maßgabe der Wirtschaftlichkeit bei der Heizanlage zu gewähren, auf ökologisch sinnvolles Einsparen verzichtet werde. Diese damalige Fehlplanung sei zu bedauern. Sie fordern nach wie vor von der Stadtholding, dass sie den Betrieb des Landauer Freibades mit verlässlichen Öffnungszeiten ermöglicht.

Bürgermeister Hirsch wies auf die Vorlage sowie die Aufsichtsratssitzung hin. Es wurde dargelegt, dass ein ökologisches Beheizungskonzept vorhanden ist. Ebenso wurde dargelegt, dass es sich um keine Fehlplanung sondern um eine vorausschauende Planung mit der Kombination Solarabsorber und Biomasseheizung handelt. Das einzig unkalkulierbare für Familien an diesem Freibad sei das Wetter. Es mache keinen Sinn ein Schwimmbad offen zu halten, wenn die Familien bei schlechtem Wetter nicht hingehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Stadtwald; Zweckvereinbarung "Hochstraße"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 18. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig

- a) der Aufnahme der Gemeinde Frankweiler in die Zweckvereinbarung Hochstraße“ mit Wirkung vom 01.01.2015 zu.**
- b) der Neufassung der Zweckvereinbarung „Hochstraße“ in der vorliegenden Fassung zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neugestaltung Spielplatz Deutsches Tor

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 20. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron möchte zwei Punkte anmerken. Zum einen sei die Frage des grundsätzlichen Bedarfs und zum anderen, ob Kinder bei der Planung mit einbezogen wurden.

Frau Klein, Grünflächenabteilung, informierte, dass sich im Nordostteil der Stadt nur wenige Spielplätze befinden. Bei dem Spielplatz am Deutschen Tor handle es sich um einen kleinen Spielplatz und einer der wenigen, welcher relativ innenstadtnah sei. Der derzeitige Zustand sei nicht gut. Die Beteiligung der Eltern war minimal und eine Beteiligung mit Schülern oder Kindern wurde nicht gemacht. Dies war zum einen auch aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Die Maßnahme soll im Frühjahr mit einem erfahrenen Planungsbüro umgesetzt werden. Sie geht davon aus, dass der Spielplatz gut angenommen wird.

Ratsmitglied Dr. Migl ist der Meinung, dass diese Vorlage in den Bauausschuss gehöre.

Frau Klein stellte den Plan des Spielplatzes kurz vor.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, beschließt der Hauptausschuss einstimmig, auf Grundlage der Entwurfsplanung die Neugestaltung des Spielplatzes am Deutschen Tor auszuschreiben und umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

Oberbürgermeister Schlimmer übernahm die Sitzungsleitung.

- Der Vorsitzende informierte über die Landauer Erklärung zur Windkraft im Pfälzerwald. Hintergrund sei, gemeinsam mit den Verbandsgemeinden Annweiler, Hauenstein und Landau-Land und dem Landkreis Südliche Weinstraße eine vernünftige Lösung zu finden. Bevor es einen Wildwuchs an Planungen gibt, sei es sinnvoll, sich zusammen zu setzen und zu überlegen, wie man eine vernünftige Lösung mit den Beteiligten finden kann und unabhängig der Gemarkungsgrenzen. Um den Gremien in diesem Bereich einen Vorschlag unterbreiten zu können, fand ein Treffen statt, damit es im Pfälzer Wald und schon gar nicht im Dahner Felsenland zu einem Wildwuchs kommen kann. Mit den beteiligten Gebietskörperschaften incl. der Projektpartner Energie Südwest, Energie Südpfalz und Pfalzwerke habe man überlegt, was sinnvoll wäre und was sich ergeben könnte. Danach müsse mit dem Stadtrat und den anderen Kollegen der Gebietskörperschaften überlegt werden, wie eine entsprechende Bürgerbeteiligung aussehen sollte.

Für Ratsmitglied Lerch sind die Motive einleuchtend und positiv zu bewerten. Jedoch war die Erklärung in der Zeitung für ihn überraschend. Die Beibehaltung des UNESCO-Status ist seiner Meinung nach eine Feststellung. Daher würde ihn interessieren, auf welcher Basis und auf welchen Belegen diese Aussage beruht. Die Bürger sind zu beteiligen, sei ein sehr umfassender Begriff. Die Frage hierzu wäre, ob man sich Gedanken darüber gemacht habe, wie die Beteiligung sein sollte. Aus seiner Sicht gebe es hier 3 Varianten: Information, Befragung und Entscheidung. Er möchte wissen, ob es bei den Verfassern dieser Erklärung eine Vorstellung gibt. Ebenso ergibt sich die Frage, inwieweit sich dies auf die Pachteinnahmen auswirken werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass zu dem Gespräch Personen eingeladen waren, welche planungsrechtlich verantwortlich sind. Er sagte ganz deutlich, dass es sich um ein Gespräch der Verwaltungsspitzen handelte. Der Stadtrat war darüber informiert. Es wurden Aufträge an kooperative Partner vergeben. Dass das Biosphärenreservat bestehen bleibt, war für sie Grundlage. Über die Finanzen könne er heute noch nichts sagen. Solidargemeinschaft bedeutet, dass letztendlich der Standort einer Anlage nicht für den Ertrag entscheidend ist. Klar muss sein, dass es um den effektiven Standort aber nicht um die Gemarkungsgrenze geht. Dann müsse ein Modus gefunden werden, wie etwaige Erträge verteilt werden sollten. Die Erträge seien für ihn nicht ausschlaggebend. Hier wurde in der Presse einseitig agiert. Es handle sich um keine objektive Berichterstattung. Insgesamt benötige das Projekt noch viel Zeit.

Bürgermeister Hirsch ergänzte, dass es von der Landesseite eine dezentrale Aufgabenverteilung gibt, welche ausgefüllt werden muss. Es handle sich um eine verbale Erklärung, die den aktuellen gemeinsamen Nenner darstellt.

Ratsmitglied Dr. Migl hält die Bürgerbeteiligung für vordringlich. Sie möchte wissen, welche Aufträge vergeben wurden.

Ratsmitglied Hartmann unterstützt die Initiative sowohl im Inhalt als auch in der Formulierung. Was er kritisieren möchte, sei die Form, dass sie es aus der Presse erfahren haben. Ratsmitglied Dr. Migl möchte er fragen, welche Frage sie bei einer Bürgerbeteiligung zum jetzigen Zeitpunkt stellen möchte. Die Chance zu verlieren sei zu diesem Zeitpunkt größer, als bei einem bestimmten Projekt.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron ist der Meinung, dass es ein richtiger Aufschlag zur richtigen Zeit war. Eine Bürgerbeteiligung kann erst nach konkreter Planung stattfinden. Über das Auftreten und die



oberlehrerhafte Art und Weise des Bürgermeisters der Stadt Annweiler war er verärgert. Seine Argumentation war nicht verständlich.

Der Vorsitzende war immer Windkraftgegner. Anscheinend sei Fukushima für verschiedene gedanklich schon weit weg. Wenn man die Energiewende möchte, dann kann man nur in Sonne oder Wind investieren. Entscheidet man sich für Wind, müsse man auch so ehrlich sein, dass man es allein in der Ebene auf Landauer Gemarkung nicht mehr vollständig hinbekommt. Versucht man nicht, das Ganze zu steuern, müsse einem auch klar sein, dass man dann Entwicklungen bekommt, welche man nicht möchte. Sie versuchen, eine vernünftige Lösung hinzubekommen. Eine Beteiligung sei erst dann möglich, wenn es in eine Phase des Projektes geht, wo zu beteiligen ist. Er bat um ihr Vertrauen, dass die Stadtspitze versucht, alles ordentlich vorzubereiten und die Gremien und die Bürgerschaft eingebunden werden. Jedoch werde hierfür noch Zeit benötigt.

Ratsmitglied Freiermuth kann mit der Erklärung leben. Wichtiger Punkt des Prozesses war die Exkursion in den Hunsrück. Hier wurde Pro und Contra ganz klar dargestellt. Bei der Aussage von Bürgermeister Wollenweber in der Presse musste man sich fragen, inwieweit der Vorwurf des Dilettantismus begründet sei. Was die Beteiligung der Bevölkerung betreffe, muss man sich fragen, wer dazu zählt.

Der Vorsitzende wies auf die Veranstaltung des MAB. Komitees am 14. Januar 2015 hin. Der Rat werde darüber informiert.

- Ratsmitglied Hartmann informierte über die Veranstaltung des allgemeinen Universitätsausschusses gemeinsam mit der Friedensakademie zum Thema „Frieden durch Einmischung, IS-Terror und Rüstungsexporte“ am 10. Dezember 2014 um 19.00 Uhr im Festsaal der Bürgerstraße. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.
- Das Schreiben der ADD zum Nachtragshaushalt wurde den Ratsmitgliedern ausgelegt. Einwendungen gab es zur Geländeabgabe an das Hospiz. Von Seiten der Stadt wurde die Meinung deutlich dargelegt. Es wird als freiwillige Ausgabe gesehen.
- Ratsmitglied Dr. Ingenthron regte eine bessere Kommunikation zum kostenlosen Adventsparken auf dem Alten Messplatz an. Man könne dies auf der Homepage der Stadt Landau veröffentlichen und Schilder an Parkautomaten mit dem Hinweis des kostenlosen Parkens anbringen.

Der Vorsitzende wird die Anregung an die Pressestelle weitergeben. Auf der Homepage werde nochmals darauf hingewiesen



Die Niederschrift über die 3.. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 2. Dezember 2015 umfasst 26 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 73.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Stefanie Schuster
Schriftführerin

Rudi Klemm
Beigeordneter